

1

DER MINISTER FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND TECHNOLOGIE  
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

- 116 -

4000 DÜSSELDORF-1, den 11.12.1989  
Haroldstraße 4 · Postfach 1144  
Fernschreiber 8 582 728 wtnw d  
Telefax 837 2200  
Fernruf (0211) 837-02  
Durchwahl 837

An den Präsidenten  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1

4000 Düsseldorf

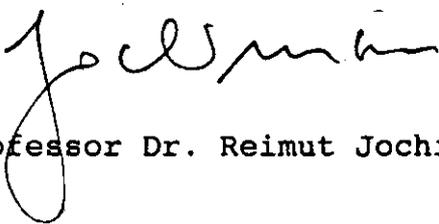


Betr.: EntschlieÙung der Konferenz der Wirtschaftsminister und  
-senatoren am 8. Dezember 1989 in Düsseldorf zur  
"Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen  
der Bundesrepublik Deutschland und der DDR"

Bezug: 2. Lesung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990

Anbei übersende ich eine Kopie der EntschlieÙung, die die  
Wirtschaftsministerkonferenz am 8. Dezember 1989 zur "Entwicklung  
der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik  
Deutschland und der DDR" einstimmig gefaÙt hat.

Ich bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Landtags.  
300 Überstücke sind beigelegt.

  
(Professor Dr. Reimut Jochimsen)

Die Wirtschaftsminister und -senatoren der Länder haben auf ihrer Sonderkonferenz am 08.12.1989 unter Leitung des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Professor Dr. Reimut Jochimsen folgende EntschlieÙung gefaÙt:

1. Die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR hat zu einer demokratischen Entwicklung und zur Öffnung der Grenzen geführt, die nicht mehr umkehrbar ist. Sie verdient unsere volle Unterstützung.
2. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüÙt die Vereinbarung eines gemeinsam finanzierten und verwalteten Fonds für Reisemittel, die einen freien Reiseverkehr nunmehr in beide Richtungen ermöglicht. Dadurch werden in diesem Fonds zugleich Mittel für beiderseits interessierende Projekte der Infrastruktur in der Deutschen Demokratischen Republik insbesondere in den Bereichen Verkehr, einschließlich Ausbau von Transitstrecken und Übergängen, Tourismus und Stadtsanierung geschaffen, über deren Verwendung die Regierung der DDR und die Bundesregierung gemeinsam entscheiden.
3. Die Wirtschaftsministerkonferenz sieht mit großer Sorge, daß das wirtschaftliche Gefälle zwischen den beiden deutschen Staaten zu einem instabilen Faktor für das politisch-wirtschaftliche Leben in Deutschland und darüber hinaus für das gemeinsame europäische Haus führen kann. Diese Entwicklung muß alle Verantwortlichen „zu großer Eile und außerordentlichen gemeinsamen Anstrengungen veranlassen. Auch bei dieser Gelegenheit bekräftigt die Wirtschaftsministerkonferenz ihre Auffassung, daß der ProzeÙ der Schaffung des EG-Binnenmarktes zügig fortgeführt werden muß wie auch die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern.

4. In dieser Situation bekräftigen die Wirtschaftsminister und -senatoren der Länder ihre Verantwortung und ihren festen Willen, abgestimmt mit der Bundesregierung, den Kommunen und allen hier aktiven Bürgerinnen und Bürger einen eigenständigen Beitrag zu leisten. Vordringlich erscheint es ihnen, durch Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort, durch eine Vielzahl unterschiedlicher, vor allem sofort greifender, konkreter Schritte zur Modernisierung der Wirtschaft in der DDR beizutragen, sowie Produktivität und Effizienz zu steigern, damit es für die Deutschen in der DDR lohnend ist, dort zu leben, zu arbeiten und politisch zu wirken. Hier sind die Wirtschaftsunternehmen der Bundesrepublik und ihre Organisationen in ganz besonderer Weise gefordert.
5. In zunehmendem Maße gründen Menschen beider deutschen Staaten, die aus allen Bereichen der Industrie, des Handels, des Handwerks, des Dienstleistungsgewerbes, des Tourismus, den Kirchen, den Verbänden, Kammern, den Vereinigungen und den Gewerkschaften kommen, Kooperationen, Partnerschaften oder andere gemeinsame wirtschaftliche Aktivitäten. Die Wirtschaftsminister und -senatoren der Länder werden sich dafür einsetzen, daß kurzfristig und unbürokratisch - so weit nötig - Mittel zur Verfügung gestellt werden, die solche Aktivitäten unterstützen. Sie sehen im Heranwachsen von Netzwerken der Kooperation und der Partnerschaft, besonders auf der lokalen und regionalen Ebene, eine notwendige Ergänzung ihres bisherigen Engagements zur Entwicklung der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen.
6. Die Deutsche Demokratische Republik wird ihrerseits raschest möglich im wohlverstandenen Eigeninteresse wesentliche Grundlagen schaffen müssen. Dazu gehören ein Investitionsschutzgesetz, die Zulassung gemeinsamer Unternehmensgründungen, die Revision des staatlichen Außenhandelsmonopols und die Zulassung und Förderung breiter Initiativen für private Wirtschaftstätigkeiten auf wettbewerblicher Grundlage insbesondere im Bereich des Handels, des Handwerks, der Dienstleistung-

gen und des Tourismus. Unverzichtbar ist die Schaffung eines stabilen Geld- und Kreditwesens. Die Wirtschaftsministerkonferenz begrüßt daher sehr, daß sich beide Regierungen darüber verständigt haben, Gespräche über

- den Ausbau des Handels und der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, insbesondere die Zulassung von gemischten Gesellschaften, sowie über den verstärkten Ausbau des Tourismus,
- die Intensivierung der Zusammenarbeit beim Umweltschutz,
- die Verbesserung des Post- und Fernmeldeverkehrs sowie die Modernisierung des Telefonnetzes in der Deutschen Demokratischen Republik und die Neufestsetzung der Postpauschale,
- den Bau einer Eisenbahn-Schnellbahnverbindung zwischen Hannover und Berlin,

beschleunigt fortzuführen bzw. unverzüglich aufzunehmen.

7. Die Wirtschaftsminister und -senatoren der Länder appellieren an die Bundesregierung, den Ausgangspunkt ihrer Überlegungen für Sofortmaßnahmen nicht allein in der Schaffung von rechtlichen Voraussetzungen zu sehen. Angesichts der Eilbedürftigkeit, der Größenordnung und der Vielschichtigkeit der Herausforderungen sind rasch vielfältige, außergewöhnliche und aufeinander abgestimmte Anstrengungen geboten, an denen mitzuwirken, die Länder ausdrücklich anbieten. Die enorme Geschwindigkeit der Entwicklungen in der DDR auf allen Ebenen verlangt als Ergänzung zu den schon angekündigten Vorschlägen des Bundes und jedes Landes nach weiteren Antworten auch unkonventioneller Art. Hierzu bietet die Regierungserklärung von Ministerpräsident Modrow vom 17. November 1989 eine Reihe von Anknüpfungspunkten. Zahlreiche spontane Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern aus beiden deutschen Staaten rechtfertigen schon zum jetzigen Zeitpunkt finanzielle Förderung und Risikoabsicherung.

Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet den Bundesminister für Wirtschaft sich dafür einzusetzen, daß umgehend bestehende administrative Hemmnisse im innerdeutschen Handel, insbesondere im technischen Bereich, beseitigt werden.

8. Die Wirtschaftsminister und -senatoren sind sich darüber im klaren, daß die Bundesregierung zur Modernisierung der Infrastruktur der DDR auf den Gebieten des Verkehrswesens und der Telekommunikation Entscheidendes leisten müssen. Weitere dringliche Aufgaben betreffen den Umweltschutz, eine umweltfreundliche Energieversorgung, technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit und Qualifizierung von Fachkräften.

Die Bundesregierung wird gebeten, die Länder und Kommunen nachhaltig bei der Bewältigung der Probleme zu unterstützen, die durch den Reise- und Besuchsverkehr sowie durch die zu erwartenden Änderungen im Güterverkehr entstanden sind und noch entstehen werden.

9. Die Wirtschaftsministerkonferenz ist der Ansicht, daß sie selbst durch Aufnahme von Gesprächen mit der DDR-Regierung tätig werden und umgehend Kontakte aufnehmen muß. Dabei ist das vitale Interesse der Länder an der Existenz stabiler Wirtschaftsverhältnisse auch und gerade bei anstehenden Wirtschaftsreformen und Freizügigkeit zum Ausdruck zu bringen.

Sie geht ferner davon aus, in einer zukünftigen deutsch-deutschen Wirtschaftskommission angemessen vertreten zu sein. Neben der Behandlung im Bund-Länder-Ausschuß hält sie die Thematik der gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen für so bedeutungsvoll und dringlich, daß sie einen Staatssekretärsausschuß zur Erarbeitung ihrer Beiträge einsetzt. Sie wird sich alsbald erneut mit dieser Thematik befassen.